

N i e d e r s c h r i f t

HFA/047/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 16.06.2009**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder SPD Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Matthias Auth	CDU	für RM Dörnhoff
Herr Manfred Brinkmann	CDU	für RM Bögge
Herr Johannes Havers	CDU	für RM Helmes
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	für RM Ortelt
Frau Theresia Overesch	CDU	für RM van Wanrooy
Herr Ludger Winnemöller	CDU	für RM Wilp

Gäste:

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot
Herr Dr. Manfred Janssen

Geschäftsführer SWR
Geschäftsführer EWG

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann
Frau Ute Ehrenberg
Herr Werner Lütke-meier
Herr Heinz Hermeling
Herr Bernd Weber
Herr Volkmar Löckemann

Herr Theo Elfert

Erster Beigeordneter
Beigeordnete
Kämmerer
Fachbereichsleiter FB 7
Pressesprecher
Stellv. Leiter Fachbe-
reich 4

Stellv. Schriftführer

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 46 über die öffentliche Sitzung am 21.04.2009

00:00:40

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 21.04.2009 gefassten Beschlüsse

00:00:50

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlussempfehlung zum „Projekt Mathias Fachhochschule Rheine“ aus der letzten Sitzung dem Rat in seiner Sitzung am 30.06.2009 zur Entscheidung vorgelegt werde.

Bezüglich der Anregung von Herrn Reiske zum Lärmschutz um Bentlage merkt sie an, dass die Problematik zwischen den Beteiligten erörtert worden sei.

3. Informationen

3.1. Korrektur der Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses vom 03. Februar 2009 zum Tagesordnungspunkt 6 "Werbung auf städt. Grundstücken - neues Werbekonzept mit der Vertragspartnerin, Fa. Ströer - Deutsche Städte Medien, Vorlagennummer 054/09"

00:01:30

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk:

Wie erst jetzt festgestellt wurde, ist bei der Fertigstellung der oben genannten Vorlage ein Fehler aufgetreten. Der Datenbankinhalt sowie die Niederschrift stimmen nicht mit dem erstellten und beratenden Vorlagendokument überein.

Zu korrigieren ist im Beschlusspunkt 1 die Anzahl der Kandelaber von 260 auf 280 (200 Kandelaber für gewerbliche Werbung und 80 Kandelaber für Kultur- und Stadtmarketingwerbung).

Beim Beschlusspunkt 2 ist die Anzahl der einzusetzenden Dreieckständer von 40 auf 90 zu korrigieren.

Der Datenbankinhalt sowie die Niederschrift werden somit wie folgt angepasst:

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Anbringung von folgenden Werbemedien auf städtischen Grundstücken durch die Fa. Ströer wird zugestimmt:

bis zu 45 Werberahmen (**Moskitos**) an Schaltschränken auf städt. Grundstücken für Kulturelle, gewerbliche Werbung

bis zu 280 **Kandelaber** (Wechselrahmen) an Straßenlaternen (entsprechend Anlage 1)

- davon ca. 200 Kandelaber für gewerbliche Werbung durch die Fa. Ströer (Hinweiswerbung / Dauerwerbung)
 - davon ca. 80 Kandelaber für Kultur- und Stadtmarketingwerbung der Stadt Rheine, des Verkehrsvereins und der Kloster Bentlage gGmbH.
2. Dem Verkehrsverein Rheine wird **zusätzlich und ausschließlich** für Kultur- und Stadtmarketingwerbung die Aufstellung von bis zu 90 der heute bereits eingesetzten Dreieckständer gestattet. Die Aufstellung, Bestückung, Entfernung und Einlagerung der Dreieckständer erfolgt durch und auf Kosten des Verkehrsvereins Rheine.
 3. Neben den Moskitos und Kandelabern als so genannte „geordnete Werbung“ sind alle weiteren Maßnahmen (Wildes Plakatieren auf städtischen Grundstücken) nicht mehr gestattet. Die Fa. Ströer wird ermächtigt, jegliche andere Werbung und Werbemedien auf städt. Grundstücken (Wildplakatierung) zu entfernen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden vertraglichen Regelungen als Ergänzung des bestehenden Vertrages mit der Fa. Ströer zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der HFA nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

3.2. Sachstandsbericht zur Hertieschließung

00:02:20

Frau Dr. Kordfelder informiert über die heute Nachmittag durchgeführte bundesweite Demonstration gegen die Schließung der Hertie-Standorte und bedankt sich bei den Ratsmitgliedern, die sich in Rheine hieran beteiligt hätten.

Sie weist darauf hin, dass morgen Abend eine Versammlung der Teileigentümer und der Gewerbetreibenden aus der Mall stattfinden werde, um über die Frequenzbringung zu sprechen. Auch werde über den Betreibervertrag für die Tiefgarage, der zurzeit auf Hertie ausgestellt sei, verhandelt. Vorschlag der Stadt werde es sein, dass die VSR in den Betreibervertrag einsteige, um den Betrieb der Tiefgarage weiter zu sichern.

In der letzten Woche sei sie mit vielen Vertretern der übrigen Hertie-Standorte bei der Deutschen Bank in Frankfurt vorstellig geworden. Es werde einen Termin mit den Eigentümern der Gebäude geben, um mögliche Folgenutzungen, die vorher abgefragt werden sollten, zu besprechen. Sobald dieser Termin feststehe, werde sie den Rat sowie die Geschäftsleitung der Firma Hertie und den Betriebsrat in Rheine informieren.

3.3. Auswirkungen der Mai-Steuerschätzung auf den städtischen Haushalt

00:05:00

Herr Lütkeemeier gibt folgende Information:

Inzwischen liegen erste Ergebnisse aus der Regionalisierung der Mai-Steuerschätzung für Nordrhein-Westfalen vor. Diese betreffen die Steuererträge aus den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer.

Anteil an der Einkommensteuer

	neu	bisher	Veränderung		Stadt
	Mrd. Euro	Mrd. Euro	Mrd. Euro	%	Tsd. Euro
2009	6,05	6,06	-0,01	-0,17	-49
2010	5,20	6,32	-1,12	-21,54	-3.848
2011	5,50	6,71	-1,21	-22,00	-4.139
2012	5,75	7,09	-1,34	-23,30	-4.599
2013	6,15				

Anteil an der Umsatzsteuer

	neu	bisher	Veränderung		Stadt
	Mio. Euro	Mio. Euro	Mio. Euro	%	Tsd. Euro
2009	840,00	812,00	28,00	3,33	85
2010	855,00	840,00	15,00	1,75	45
2011	870,00	870,00	0,00	0,00	0
2012	890,00	902,00	-12,00	-1,35	-36
2013	910,00				

Für das laufende Jahr ergeben sich daraus für die Stadt Rheine keine nennenswerten Veränderungen gegenüber den geplanten Ansätzen im verabschiedeten Haushaltsplan. Da der Haushaltsplan erst am 31. März 2009 verabschiedet worden ist, konnten wir – anders als viele andere Kommunen – noch die Prognose der kommunalen Spitzenverbände für die Entwicklung der Einkommen- und Umsatzsteuer im Jahr 2009 berücksichtigen.

Da über das Jahr 2009 hinaus seinerzeit keine weitergehenden Prognosen für unsere Planungsannahmen vorlagen, wird es nun allerdings im kommenden Jahr wahrscheinlich zu einem erheblichen Einbruch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer kommen, der für die Stadt Rheine in den nächsten Jahren zu erheblichen Mindererträgen gegenüber der bisherigen Finanzplanung von 3,8 bis 4,6 Mio. Euro p.a. führen könnte.

Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer treten in der gesamten Planungsperiode voraussichtlich keine nennenswerten Veränderungen ein.

Nach der Regionalisierung ist davon auszugehen, dass auch das landesweite Gewerbesteueraufkommen deutlich zurückgehen wird; in einigen Kommunen – auch in unserem Kreis – sind teilweise dramatische Einbrüche zu verzeichnen. Das können wir bis jetzt für Rheine nicht feststellen. Wir liegen ausgehend vom geplanten Haushaltsansatz im Augenblick nur etwas unterhalb der Aufkommensentwicklung der vergangenen Jahre, obwohl es im Einzelfall bereits zu nicht unerheblichen Reduzierungen der Vorauszahlungen gekommen ist. Die derzeitigen Festsetzungen liegen noch 4,2 Mio. Euro unterhalb des Haushaltsansatzes von 27,2 Mio. Euro. Wir werden die weitere Entwicklung sehr sorgsam beobachten müssen.

Im Hinblick auf die erwarteten erheblichen Einbrüche der Steuereinnahmen des Landes werden wir ab 2010 auch von deutlich geringeren Schlüsselzuweisungen ausgehen müssen. Hier könnten sich die negativen Auswirkungen für die Stadt Rheine nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand zusätzlich noch dadurch verstärken, dass wir durch die Entwicklung der Gewerbesteuer möglicherweise eine deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende steuerliche Ertragsentwicklung haben könnten. Konkretere Anhaltspunkte für die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und der übrigen Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) (Bildungspauschale, Sportpauschale, Investitionspauschale) liegen uns augenblicklich nicht vor. Allerdings hat das Innenministerium den kommunalen Spitzenverbänden mitgeteilt, dass die Eckpunkte für einen Gesetzentwurf zum GFG 2010 voraussichtlich noch vor der Sommerpause, d.h. Ende Juni, zur Verfügung gestellt werden. Sobald wir hierzu nähere Informationen haben, werden wir die Ratsfraktionen zeitnah informieren.

Der HFA nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**4. Konjunkturpaket II;
hier: Maßnahmen für die Sanierung / Erneuerung von Wirtschaftswegen
Vorlage: 180/09/1**

00:09:17

Herr Niehues führt aus, dass die CDU-Fraktion am Sonntag das Thema „Wirtschaftswege“ nochmals mit ca. 35 Landwirten aus Rheine intensiv besprochen habe. Unabhängig von der Vorlage sei festgestellt worden, dass die Stadt mittelfristig ein Zukunftskonzept für den Ausbau von Wirtschaftswegen erstellen müsse, denn die landwirtschaftlichen Fahrzeuge würden immer größer und schwerer, was auch Auswirkungen auf die Breite und den Unterbau der Wirtschaftswege habe. Das gelte insbesondere für die „Hauptwirtschaftswege“, die von vielen Landwirten überwiegend genutzt würden.

Ferner sei bei dieser Versammlung vorgeschlagen worden, folgende Wirtschaftswege in das Ausbauprogramm aufzunehmen:

- Schwarzer Weg in Gellendorf ab Natoausfahrt bis zum Flugplatz Rodde
- Albrocker Rampe in Mesum von Industriestraße bis zur Moorstraße
- Zum Hermannsweg in Elte von Dorfmitte bis Haus Schnellenberg
- Herzogstannenweg zwischen Mesum und Hauenhorst
- Brelager Weg (schon in der Reserveliste enthalten – sehr reparaturbedürftig sowie tiefhängende Zweige)
- Weitkampweg in Mesum (Reststück von 200 m, das von der Wohnbebauung nicht erfasst wird)

Ferner sei auch der Einhornweg in Hauenhorst für einen Ausbau vorgeschlagen worden, auch wenn dieser jetzt im Radwegeprogramm aufgenommen werden solle.

Die Landwirte hätten weiter vorgeschlagen, den Weg Im Hornkenbusch aus dem Programm zu streichen, weil dieser nach deren Meinung eher eine Stadtstraße sei, deren Fahrbahndecke durch wuchernde Baumwurzeln stark beschädigt sei. Hier müsse das Problem der Baumwurzeln gezielt angegangen werden.

Herr Niehues schlägt vor, in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses keine Empfehlung auszusprechen, da die letztendliche Entscheidung ohnehin dem Rat in seiner Sitzung am 30. Juni 2009 obliege. Bis dahin sollten die Kosten für die Herstellung der von ihm genannten Wirtschaftswege ermittelt werden, um dann nach Vorliegen einer Gesamtübersicht eine abgewogene Entscheidung treffen zu können. Allerdings könne die CDU-Fraktion heute schon signalisieren, dass das Konjunkturprogramm für den Ausbau von Wirtschaftswegen stärker genutzt werden sollte und die hierfür vorgesehenen Mittel angemessen erhöht werden sollten.

Herr Roscher erklärt, die SPD-Fraktion sei heute durchaus bereit, den Ausbau der Wirtschaftswege von Ziffer 1 bis 9 inklusive Im Hornkenbusch zur Beschlussfassung zu empfehlen, damit die Verwaltung intensiv hieran weiterarbeiten könne. In der Ratssitzung könne die Liste dann durchaus noch erweitert werden.

Herr Reiske merkt an, dass seine Fraktion die Aufstockung der Mittel für den Ausbau der Wirtschaftswege sehr kritisch sehe, wenn dieses zulasten der energetischen Gebäudesanierung gehe. Er plädiert dafür, zunächst die Kosten für den Ausbau der zur Diskussion stehenden Wirtschaftswege insgesamt zu ermitteln, bevor dann eine Entscheidung im Rat getroffen werde. Auf jeden Fall dürfe kein luxuriöser Ausbau von Wirtschaftswegen erfolgen.

Herr Lütkeemeier erläutert, dass beim Konjunkturförderprogramm zwischen 2 Förderbereichen zu unterscheiden sei. Zum einen gehe es um die Bildungsinfrastruktur, die vom Ausbau der Wirtschaftswege nicht betroffen sei. Der Rat habe schon die Mittel für die Schulgebäude verbindlich verplant. Andererseits gebe es den Bereich der ländlichen Infrastruktureinrichtungen. Wenn der Artikel 104 b Grundgesetz angepasst werde, wovon noch vor den Sommerferien auszugehen sei, dann könnten auch noch andere Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. öffentliche Gebäude aus diesem Förderbereich finanziert werden.

Herr Niehues schlägt vor, bis zur Ratssitzung eine neue Vorlage zu erstellen mit allen möglichen finanziellen Auswirkungen für diesen Förderbereich, damit der Rat dann eine sachgerechte Entscheidung in Kenntnis dieser finanziellen Auswirkungen treffen könne. Die CDU-Fraktion behalte sich vor, aus den Städtebauförderungsmitteln auch noch Maßnahmen zu finanzieren, an die die Verwaltung bisher nicht gedacht habe.

Herr Holtel regt an, bei der Entscheidung über den Ausbau der Wirtschaftswege die Funktionen höher zu bewerten. Er habe angeregt, für die Verbreiterung des Enzianweges die Kosten bis zur heutigen Sitzung zu ermitteln. Leider sei die Verwaltung dieser Bitte nicht nachgekommen. Seines Erachtens reiche eine einfache Verbreiterung dieses Wirtschaftsweges; es müsse kein De-Luxe-Ausbau werden. Ohnehin zeigt er sich enttäuscht, wie die Verwaltung bei der Prioritätenliste mit den Wirtschaftswegen in Hauenhorst umgegangen sei.

Abschließend spricht er sich dafür aus, eine Entscheidung über den Ausbau der Wirtschaftswege erst in der Ratssitzung zu treffen, sodass jeder noch die Möglichkeit habe, sich die zur Diskussion stehenden Wirtschaftswege vorher nochmals anzusehen. Für ihn habe jedenfalls die Sicherheit bei der Entscheidung über den Ausbau der Wirtschaftswege erste Priorität.

Herr Reiske bittet darum, in der Ratsvorlage für den 30. Juni alle Maßnahmen, nicht nur die Wirtschaftswege, aufzulisten, die aus dem Förderbereich finanziert werden könnten, insbesondere die energetischen Maßnahmen.

**5. Stiftung NaturZoo Rheine
 Förderung der Stiftungsarbeit
 Vorlage: 284/09**

00:36:16

Beschlussvorschlag / Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt

- a) beauftragt die Verwaltung, die in der Vorlage als Anlage beigefügte bisherige Vereinbarung mit der Stiftung NaturZoo Rheine fortzuführen und
- b) legt den Förderbetrag je Einwohner/in gemäß § 2 der Vereinbarung für die Zeit vom 01. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2014 auf 7,50 Euro fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Havers merkt an, dass heute Nachmittag auf dem Parkplatz beim NaturZoo ca. 15 Busse abgestellt gewesen seien, von denen die Hälfte, aus welchen Gründen auch immer, den Motor hätten laufen lassen. Er bittet die Verwaltung, vor Ort etwas gegen diese Unsitte zu unternehmen.

6. Ehrenordnung für Rats- und Ausschussmitglieder der Stadt Rheine
Vorlage: 234 / 09

00:39:26

Beschlussvorschlag / Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Ehrenordnung für die Rats- und Ausschussmitglieder der Stadt Rheine mit Wirkung zum 21. Oktober 2009; die Ehrenordnung vom 24. Juni 1997 wird gleichzeitig aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Berichtswesen 2009, Stichtag 31.05.2009, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 265 / 09

00:40:09

Beschlussvorschlag / Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung mit dem Stand der Daten vom 31. Mai 2009 zur Kenntnis.

**8. Berichtswesen 2009, Stichtag 31.05.2009, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 254 / 09**

00:40:20

Beschlussvorschlag / Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement mit dem Stand der Daten zum 31.05.2009 zur Kenntnis.

**9. Berichtswesen 2009, Stichtag 31.05.2009, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 272 / 09**

00:40:35

Beschlussvorschlag / Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 - Interner Service mit dem Stand der Daten vom 31.05.09 zur Kenntnis.

**10. Berichtswesen 2009, Stichtag 31.05.2009, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 273 / 09**

00:40:45

Beschlussvorschlag / Empfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten vom 31.05.2009 zur Kenntnis.

11. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

00:41:10

Frau Dr. Kordfelder verliest die folgenden Eingaben an den Rat der Stadt sowie die Anträge der Stadtteilbeiräte. Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses erheben keine Einwendungen zu den Verfahrensvorschlägen.

1. Eingabe der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.04.2009 an den Rat der Stadt

Die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN beantragt die Erstellung eines Masterplans „Ems/Innenstadt“. An dem Planungsprozess soll die gesamte Bürgerschaft beteiligt werden.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

Grundsätzlich ist die Idee eines derartigen Masterplanes zu begrüßen. Jedoch ist dabei zu berücksichtigen, dass die Innenstadt von Rheine schon umfangreich über ältere Planungen (Masterplanung Fritschi-Stahl, Regionale u.ä.) beplant wurde und auch der Emsbereich dabei mit einbezogen wurde.

Für den Bereich der Stadthalle und des CCH Hotels, wird die Stadtverwaltung demnächst einen Planungsauftrag (aktuell ca. 12.000 Euro) erteilen, der die Qualifizierung dieses wichtigen Areals zum Ziel hat, sowohl im Hinblick auf Gastronomie als auch im Hinblick auf Aufenthaltsqualität an der Ems. In diesem Bereich ist die Stadt überwiegend Flächeneigentümer und hat somit auch reelle Einflussmöglichkeiten, die Planungsvorschläge später umzusetzen.

Eine Qualifizierung des Gastronomieangebotes an der Ems ist insbesondere auch unter Beteiligung des Innenstadtvereins / Verkehrsverein / Stadtmarketing notwendig und kann nicht ausschließlich planerisch über einen Masterplan gelöst werden.

Generell ist eine umfassende Innenstadt - Masterplanung sehr kostenintensiv und muss im Haushalt abgebildet werden.

Verfahrensvorschlag:

1. Es sollte abgewartet werden, wie sich der Planungsprozess Stadthalle und CCH Hotel, den die Stadt auch gemeinsam mit den Beteiligten dort führen wird, entwickelt und welche Maßnahmen danach umgesetzt werden können.
2. Ansprache der EWG, dass im AK Innenstadt bzw. über das Stadtmarketing Ideen gesammelt werden, wie die Gastronomie die Emsseiten aufwerten kann (Beispiel Laumann, einheitliche Möblierung der Außengastronomie etc.)
3. Anschließend muss entschieden werden, ob noch eine weitere Planungsgrundlage erarbeitet werden muss und dazu Angeboten eingeholt sowie politische Entscheidungen einer Abbildung im Haushalt erfolgen muss.

2. Eingabe der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.04.2009 an den Rat der Stadt

Die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN bittet um Prüfung, an welcher Stelle im Stadtgebiet weitere Windvorranggebiete ausgewiesen werden können, wie z. B. im Bereich der A 30 Anschlussstelle Kanalhafen.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

Die Verwaltung prüft zz. den Antrag und wird in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes darauf zurückkommen.

3. Eingabe der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 30.04.2009 an die Bürgermeisterin

Die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN beantragt die grundsätzliche Freigabe der Innenstadt für den Fahrradverkehr, allerdings mit einigen Einschränkungen. Auch sollen bei der Umgestaltungsplanung für den Marktplatz die Belange des Radverkehrs beachtet werden. Es sollen Scherbenmeldepunkte eingerichtet und Einbahnstraßen auch in Gegenrichtung für den Radverkehr geöffnet werden. Ferner soll beim anstehenden Umbau des Bahnhofes am Südeingang Bahnhof/Lindenstraße eine angemessene Fahrradabstellanlage installiert werden.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung der Eingabe an den Arbeitskreis Verkehr, der voraussichtlich noch in diesem Monat seine nächste Sitzung abhalten wird.

Anträge von Stadtteilbeiräten:

1. Antrag des Stadtteilbeirates Bentlage / Wadelheim / Wietesch / Schleupe vom 14. Mai 2009

Der Stadtteilbeirat Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe regt an, auf dem Radweg Rheine- Neuenkirchen – Wettringen das noch fehlende Teilstück vom Kreideweg bis zur Ortsgrenze Rheine/Neuenkirchen zu asphaltieren und damit einen Lückenschluss zu erreichen. Der Stadtteilbeirat begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die Initiative der Gemeinde Neuenkirchen, den Radweg auf dem dortigen Gemeindegebiet zu asphaltieren und sieht durch die Maßnahme eine Verbesserung der Attraktivität und Qualität des Radweges.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

Dem Bauausschuss wird in seiner Sitzung am 18. Juni 2009 eine Beschlussvorlage zur Restasphaltierung des Radweges vorgelegt. Der Antrag des Stadtteilbeirates ist in der Vorlage berücksichtigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtteilbeirat das Beratungsergebnis des Bauausschusses mitzuteilen.

2. Antrag des Stadtteilbeirates Bentlage / Wadelheim / Wietesch / Schleupe vom 14. Mai 2009

Der Stadtteilbeirat Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe hat sich zum Verfahrenen der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 „Ochtruper Straße Süd“

geäußert. Der Stadtteilbeirat schließt sich mit seinem Antrag den Eingaben zahlreicher Anwohner an, den Bebauungsplan nicht zugunsten einer Wohnbebauung zu ändern.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

Zum Planverfahren sind umfangreiche Eingaben in der Stadtplanung eingegangen, u.a. der Einspruch des Stadtteilbeirates. Der Hauptteil der Einwendungen bezieht sich auf die Umwandlung der Grünfläche an der Isselstraße zugunsten von Wohnbebauung.

Die Familie, die beantragt hatte, diese Grünfläche zu ändern, hat mittlerweile von diesem Vorhaben Abstand genommen.

Die Stadtplanung hat alle Eingaben jetzt gesammelt und wird in den nächsten Wochen eine Prüfung vornehmen und entsprechende Abwägungsvorschläge für die nächste politische Beratung (voraussichtlich Ende September) aufbereiten.

Die Einwendungen der Einzelpersonen erhielten mit Schreiben vom 04.06.09 eine Eingangsbestätigung mit dem Hinweis, dass frühestens im September die nächsten Planungsschritte politisch beraten werden.

Die Verwaltung wird gebeten, ebenfalls den Stadtteilbeirat über das weitere Verfahren zu informieren.

3. Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock vom 26. Mai 2009

Nach der Auslobung eines Gestaltungswettbewerbes hat der Stadtteilbeirat Schotthock nunmehr einen Gestaltungsvorschlag für den Innenbereich des neuen Kreisverkehrs an der Kreuzung Lingener Damm/Am Stadtwalde/Hovesaatstraße eingereicht.

Der Gestaltungsvorschlag mit einer entsprechenden Planzeichnung ist ergänzt um die Auflistung von Sponsoren aus der Wirtschaft, die sich bereit erklärt haben, die Gestaltungselemente zu finanzieren.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

In Abhängigkeit der Vergabe und Ausführung der Arbeiten zur erforderlichen Kanalerneuerung in diesem Bereich werden die Bauarbeiten für den Kreisverkehr voraussichtlich im Herbst d. J. beginnen.

Die Verwaltung wird gebeten, in Abhängigkeit des Fertigstellungstermins die Umsetzung des Gestaltungsvorschlags mit dem Stadtteilbeirat abzustimmen.

4. Antrag des Stadtteilbeirates Hauenhorst/Catenhorn vom 28. Mai 2009

Der Stadtteilbeirat Hauenhorst/Catenhorn bittet darum, den Einhornweg wegen der dortigen Verkehrsgefährdung mit in die Liste der auszubauenden Straßen für das Konjunkturprogramm II aufzunehmen.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

Die Eingabe wurde unter TOP 4 der heutigen Sitzung berücksichtigt.

12. Einwohnerfragestunde

00:48:10

Es folgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

13.1. Zusätzliche Gewerbe- und Industrieflächen

00:48:20

Herr Holtel bezieht sich auf einen Pressebericht, wonach verschiedene Kommunen im Münsterland durch Flächentausch zusätzliche Gewerbe- und Industrieflächen erhalten hätten. Nach seinen Informationen habe der Regierungspräsident diesbezüglich mit allen Kommunen im Münsterland Kontakt aufgenommen, um entsprechende Wünsche abzufragen. Herr Holtel möchte wissen, welche Auswirkungen es hierbei für die Stadt Rheine gebe.

Herr Kuhlmann sagt eine schriftliche Antwort zu.

13.2. Rheine für Demokratie und Toleranz

00:49:20

Herr Dewenter verweist auf einen heute veröffentlichten Pressebericht bezüglich der begrüßenswerten Aktion „Rheine für Demokratie und Toleranz“. In diesem Artikel heiße es: „Wir appellieren an alle Wähler, bei den anstehenden Kommunalwahlen am 30. August 2009 und bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich eindeutig für Demokratie und Toleranz bekennen.“ Er stellt die Frage, ob sich jetzt alle Kandidaten an dieser Aktion beteiligen könnten, was ja anfangs nicht vorgesehen gewesen sei.

Frau Dr. Kordfelder antwortet, dass die Aktion einen appellativen Charakter habe. Der Text sei zwischen den Erstunterzeichnern, wozu auch die Fraktionsvorsitzenden und sie zählten, abgesprochen worden. Jeder, der sich aufgefordert fühle, könne sich diesem Appell anschließen. Sie hoffe, dass viele hiervon Gebrauch machen würden.

Herr Dewenter schlägt vor, dass die Parteien geschlossen erklären sollten, dass ihre Kandidaten für Demokratie und Toleranz stehen würden.

13.3. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Schweinegrippe

00:51:40

Herr Mau möchte wissen, welche Maßnahmen die Verwaltung in Bezug auf die sich ausbreitende Schweinegrippe geplant habe, wie sich Betroffene im Katastrophenfall zu verhalten hätten und wer Ansprechpartner in der Verwaltung sei.

Frau Dr. Kordfelder merkt hierzu an, dass der Bereich der Pandemieplanung zum täglichen Geschäft der Verwaltung zähle.

Herr Hermeling ergänzt, dass der Kreis Steinfurt Ansprechpartner für die Bevölkerung sei, weil die Zuständigkeit für den Katastrophenschutz beim Kreis liege. In Koordination mit dem Kreis habe die Verwaltung aktuell eine Umfrage gestartet, welche Bereiche in der Verwaltung im Katastrophenfall besetzt sein müssten. Die Ergebnisse würden für die übernächste Woche erwartet. Für Fragen aus der Bevölkerung sei das Kreisgesundheitsamt zuständig.

13.4. Bewilligungsbescheide zum Konjunkturpaket

00:54:25

Herr Niehues verweist auf einen Pressebericht, wonach es schon Gemeinden gebe, die einen Bewilligungsbescheid zum Konjunkturpaket bekommen hätten. Er möchte wissen, ob die Stadt Rheine schon Anträge gestellt und ggf. auch schon Bewilligungsbescheide vorliegen habe.

Herr Lütkeemeier antwortet, dass schon seit längerer Zeit ein Bewilligungsbescheid vorliege, worüber die Verwaltung auch informiert habe. Zurzeit sei die Verwaltung in der Vorbereitung, um in den nächsten Tagen den ersten Mittelabruf für die Michaelschule vornehmen zu können.

Ende des öffentlichen Teils: 18:00 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer